



Baumbesetzung gegen A100

Am Donnerstag den 03.01. haben unabhängige AktivistInnen gemeinsam mit Aktiven von Robin Wood einen Baum auf der geplanten Trasse der A100 besetzt. Sie zogen eine hölzerne Plattform in den Baum und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Gutes Klima – Soziale Stadt – Stop A100“. AktionskletterInnen wollen auf unbestimmte Zeit den Baum besetzen. Am Boden entsteht eine Mahnwache, die sich über Besuch, Diskussionen und Unterstützung freut. Der Grundstückseigentümer duldet die Besetzung. Wie lange es weiter geht hängt auch davon ab, wie viele Menschen vorbeikommen und sich einbringen.

Der Aktionsort befindet sich in Neukölln an der Neuköllnischen Allee, nahe der Kreuzung Grenzallee. Der S-Bahnhof Köllnische Heide ist einige hundert Meter entfernt.

Ab 2013 beginnt der Bau des 16. Bauabschnitts der A100. Die Trasse soll um drei Kilometer von Neukölln nach Treptow in Wohngebiete hinein verlängert werden. Über die Anschlussstellen Sonnenallee und Treptower Park wird Verkehrslärm und Dreck in die Wohngebiete von Neukölln, Treptow und Kreuzberg geschaufelt werden. Seit November wurden dafür massiv Grünflächen in Kleingartenkolonien zerstört. Nach den KleingärtnerInnen und den in den Kolonien zeitweilig untergekommenen Wohnungslosen, sollen auch die MieterInnen der zum Abriss vorgesehenen Häuser Beermannstraße 20 und 22 für die A100 vertrieben werden.

Das Projekt ist das Ergebnis einer noch immer autofixierten, klimaschädlichen Verkehrspolitik. Gleichzeitig ist der öffentliche Nahverkehr zu teuer und geht mangels Investition und Pflege vor die Hunde. Die S- und U-Bahn-Gäste stehen im wahrsten Sinn der Worte frierend in Regen und Schnee, da der Zugverkehr in der Hauptstadt regelmäßig zusammenbricht.

Der Widerstand gegen die Verwertung der Stadt von Oben – für ein lebenswertes Berlin – ohne Klimakiller und andere Wahnsinnsprojekte – bleibt legitim und notwendig!

Allein nach heutiger Schätzung soll das Projekt mindestens 420 Millionen Euro Bundesmittel kosten. Das Land Berlin trägt unter anderem die Planungskosten in Höhe von 30 bis 40 Millionen Euro. Neben dem Millionengrab Berliner Flughafen versenken Bund und Berliner Senat hier weitere Unsummen in einem Geschenk an die Bau- und Verkehrswirtschaft. Gleichzeitig fehlt den BerlinerInnen an allen Ecken und Enden das Geld. Bezirkseigene Einrichtungen werden geschlossen, Flüchtlinge und MieterInnen kämpfen um menschenwürdige Lebensbedingungen. Hier zeigt sich, für wen der Senat da ist – und für wen nicht.